

# Stimme der Freiheit

## Mitteilungen für Mitglieder und Freunde der Freien Bürger Union

Nr. 2/16

Mai 2016, Sonderausgabe

18. Jahrgang

Auf 1 Wort unseres Landesvorsitzenden Reinhold Rupp: Wir müssen die Demokratie schützen...  
gegen Undemokraten, die in den Redaktionsstuben sitzen!

### Den Menschen jenseits der Grenzen helfen – „Nabelschnur Idomeni“

Ein kleiner Ausschnitt aus unserem Programm „Wir über uns“, hier dem Punkt **EINWANDERUNG**: –Von 1987 bis 2009 holte eine verfehlte Politik zwölf Millionen (unausgebildete) Einwanderer ins Land. Was mit einem Boot passiert, wenn es zu voll ist, auch wenn es „Deutschland“ heißt, haben wir leider schon zu oft vor Lampedusa gesehen. „**Jedem zu signalisieren, er sei willkommen, ist falsch! Nicht jeder ist hier willkommen**“, so der Münchener SPD-Fraktionsvorsitzende **Albert Reisser**. Deutschland ist nicht das Welt-Sozialamt! Darin sind wir uns mit der SPD einig. Ex-Kanzler *Willy Brandt* mahnte schon 1973: „Es ist notwendig geworden, daß wir sehr sorgsam überlegen, wo die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft erschöpft ist und wo soziale Vernunft und Verantwortung Halt gebieten!“ Und Ex-Kanzler Helmut Schmidt warnte: „**Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag!**“ Bürger, hört auf eure Kanzler, sie waren ab und zu von ehrlicher Offenheit!

Auswanderung entwurzelt die Menschen und nimmt ihnen Geborgenheit. Deshalb fordert die FBU wie schon seinerzeit der (etwa rassistische?) Kanzler *Helmut Kohl*: „Es ist notwendig, die Zahl der Türken durch Rückreiseförderung auf die Hälfte zu reduzieren, um sich die teuren und erfolglosen Integrationsbemühungen zu ersparen!!!“ Aufgrund der Überalterung der Bevölkerung **muß** die Zuwanderung zulasten der sozialen Netze beendet werden. Armuts-Zuwanderung ist keine „Bereicherung“, lediglich für den „Tumor Asylindustrie“, bezahlt von allen Bürgern, die noch (bald haben sie die Flemm!) Tag für Tag fleißig zur Arbeit gehen. Mit Blick auf die Armen in Deutschland formulierte das *Sigmar Gabriel* (SPD) ähnlich. Herr *Enders* von der FBU greift die Worte von Herrn *Gabriel* auf und ergänzt: „Auch wir von der FBU leben soziale Kompetenz. Es ist schlicht Wahnsinn, immer mehr fremde Arme ins Land zu holen, wo wir doch schon so viele eigene Arme haben!“ Ist Herr *Enders* nun ein Nazi, weil er Recht hat, oder sind etwa alle, die Recht haben, Nazis?

**Herr Enders weiß**, wovon er spricht: Er **hat selbst einen** Vertriebenen- und **Flüchtlingsausweis!**

Herr *Best* (FBU, *Sagesa*): „Laßt uns sozial und verantwortungsbewußt handeln. Laßt uns mit Deutschland im Herzen die Welt umfassen und die Flüchtlinge im nächsten sicheren Nachbarland ihres Kontinents betreuen. Dann reichen die Hilfgelder für zwanzigmal mehr Menschen, als wenn sie in einem ihnen fremden Kulturkreis versorgt, verarztet und „integriert“ werden müssen. Der Verein *Flüchtlinge helfen e. V.* tut mit dem Projekt *Nabelschnur Idomeni* genau das. Hier versickert Ihre Spende nicht in der Verwaltung eines riesigen Spendenapparates. Die Spenden unter dem Verwendungszweck „Nabelschnur Idomeni“ fließen eins zu eins in dieses Projekt. Bitte spenden Sie! Kontoinhaber: Flüchtlinge helfen e. V., IBAN: DE68 7012 0700 1041 0522 24. Internet: Michael Degener, [mdegener@t-online.de](mailto:mdegener@t-online.de). Die Spende ist steuerlich absetzbar. Danke.“

### Juden müssen draußen bleiben

hieß es zu Zeiten der braunen Finsternis auch in Ensdorf nahe Saarlouis. **Nun heißt es: FBU'ler müssen draußen bleiben!** Der Ungeist von Intoleranz und menschenverachtender Überheblichkeit wurde in Ensdorf offenbar nie wirklich aufgearbeitet. Wieder richtet er sich gegen Beamte, Polizisten, Rechtsanwälte, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in der Kommunalverwaltung, gegen Unternehmer und Selbständige – und was besonders perfide ist, sogar gegen das Bedienungspersonal in Gasthöfen. Wieder wird eine Atmosphäre von Haß und Gewalt geschürt. Doch dieses Mal gegen eine andere Gruppe von Menschen, gegen die *Freien Bürger*. **Früher hieß es: „Kauft nichts bei Juden!“ Jetzt: „Verkauft nichts an Deutsche von der FBU!“** - Sehr geehrter Herr *Juncker* (EU-Boss): „Ein seltsames Verständnis von Meinungsfreiheit“ gibt es nicht nur in der Türkei. Auch hierzulande wird Menschen mit sozialer Vernichtung gedroht, wenn sie nicht vor den Undemokraten der grün-roten Sturmtruppen wie die Würmer im Staube kriechen.“ – **Vielleicht ist aber auch nur die Aufnahmefähigkeit von Ensdorf erschöpft. Und wir dürfen deshalb nicht mehr rein...**

### Der Volksverhetzung für schuldig befunden – Wir erbitten ein mildes Urteil

Einst wurde dem Nationalsozialismus gehuldigt. Bis es zu spät war! Doch wieder marschieren die islamfreundlichen Lemminge aus Gewerkschaften und Kirchen voller Begeisterung in die Götterdämmerung. Den Pariser Morden ging der Aufruf des Ministerpräsidenten der Türkei voraus: „Die Spitzen der Minarette sind unsere Bayonette!“ (*Erdogan*). Wer zu diesen volksverhetzenden Worten schweigt, der ist mitschuldig an der weltweiten Verfolgung von 100 Millionen Christen. *Wir* wollten nicht länger schweigen. *Wir* überwand unsere Angst vor der Straße. Im Schulteranschluß mit *Sagesa* demonstrieren wir Christen im **Saarland** gegen die **Salafisten**. NOCH scheint es uns möglich, für die Freiheit auf unseren(!) Straßen einzutreten. *Wir* rufen:

„**Wir sind das Volk!**“. Das war in der DDR und ist auch in der BRD der Schrei nach Freiheit und gegen staatliche Bevormundung. Es ist der Ruf des höchsten Souveräns im Staate, des deutschen Bürgers. Es ist ein Ruf gegen Gleichschaltung, Unterdrückung und Globalisierung. Diesen Ruf hat die FBU aufgegriffen. Deshalb stehen wir an den Straßen und halten unsere Tafeln hoch. Wir können nicht anders, als etwas für unser Land und seine Menschen zu tun. Die Tafeln weisen mit Zitaten unserer Bundeskanzler auf die von ihnen benannten Mißstände in Deutschland hin. Es bleibt uns nicht viel mehr, als Charakter zu zeigen und für die hehren Anliegen dieser großen Staatsmänner einzutreten. Dafür nehmen wir Schmähungen hin, ertragen die Haßparolen und Beleidigungen der rot lackierten Nazis und müssen Übergriffe von intoleranten Gewalttätern vergegenwärtigen. Wir können nichts dafür, daß die mahnenden Worte unserer Bundeskanzler von den bürgerfremden Zeitgeist-Medien als rechtsextrem bzw. als rechtsradikal ausgelegt werden.

Wir bekennen uns schuldig, daß wir uns mit den als „ausländerfeindlich“ hingestellten Aussagen der Kanzler der Republik *von Willi Brandt bis Frau Merkel* („Multikulti ist gescheitert“) gemein machen. Wir dachten, was damals richtig war, kann vor dem Hintergrund der aktuellen Gefährdungslage nicht falsch sein. Wir haben ihre Besorgnisse zu unseren gemacht. Wir geben unseren Ängsten Ausdruck, weil sich die schlimmsten Vorhersagen unserer Altpolitiker bewahrheitet haben. **„Mit weit über vier Millionen Ausländern ist die Aufnahmefähigkeit der deutschen Gesellschaft erschöpft, wenn nicht ganz große Probleme entstehen sollen: Mehr als 4,5 Millionen Ausländer können wir nicht mit Anstand verdauen!“**

wartete unser großes Vorbild, Bundeskanzler *Helmut Schmidt* (SPD), bereits 1981 und behielt leider Recht. Seit der Öffnung der deutschen Grenze wird die verfassungsmäßig vorgeschriebene *Wahrung der Identität des deutschen Staatsvolkes* in ihren Grundfesten erschüttert (Abschaffung St. Martins in Kindergärten, der Kreuze in den Gerichten, des Schweinefleisches in Kantinen...). Wir bestätigen den Vorwurf der globalisierten Staats- und Einheitsmedien, daß wir uns von den Ängsten und Befürchtungen der Bundeskanzler und großen Parteiführer haben vereinnahmen lassen. Insoweit bekennen wir uns der Volksverhetzung für schuldig. Jedoch bitten wir - auch unter Verweis auf Altkanzler *Helmut Kohl* („**Die Zahl der Ausländer muß halbiert werden, Deutschland ist KEIN Einwanderungsland**“) - um ein mildes Urteil...

### **In unserer Gesellschaft darf es keinen Platz für Ausgrenzung geben**

Liebe SPD'ler in Ensdorf: Ein Linker macht noch keinen Stalin. Und ein aufrechter Bürger macht noch keinen Hitler. Zuviel der Ehre für einen abgestürzten Diktator. „Unser Land braucht wieder mehr Zusammenhalt, nicht Haß und Gewalt. Eine Gesellschaft, die eine Gruppe von Menschen über andere stellt, hatten wir schon mal. Das hat in die Katastrophe geführt. Toleranz gegenüber anderen ist unverzichtbare Voraussetzung für unser aller Freiheit.“ So steht es bei Euch im Internet. Und so steht es auch sinngemäß im Programm der FBU. Deshalb können wir Euer Anliegen vorbehaltlos unterschreiben! Wir wären aber glücklicher, wenn Ihr Euren hohen Ansprüchen gerecht werden und sie leben würdet. Auch wenn Ensdorf laut *Google* „am rechten Ufer der Saar“ liegt, kommen wir immer wieder gerne nach Ensdorf. Auf unseren Treffen hätten ihr mit den Bürgern sprechen können, statt Vorurteile zu pflegen. Die Gesellschaft in „Gut“ und „Böse“ zu spalten ist der falsche Weg für eine Partei in der Tradition eines *Kurt Schumacher* und eines *Willi Brandt*.

#### **Vielmehr gilt es, auch den Andersdenkenden als Mensch zu begreifen.**

Nur Udemokraten (bei der Antifa, den Autonomen u. a.) schüchtern Bürger ein und verbreiten Angst und Schrecken. Was in Deutschland vor über 80 Jahren geschah, sollte nicht nur der SPD Mahnung sein, den Weg von Ausgrenzung und Einschüchterung Andersdenkender zu meiden. Denn nie darf es heißen:

„In unserer Straße ist die halbe Welt zu Haus. Hier kann keiner mit seinem Nachbarn in Frieden leben. Mag es im Ausland noch eine Gemeinschaft geben, // in Deutschland geht man am besten nicht mehr raus!“

Oder um es mit den Worten von *Günter Grass* zu sagen: „**Jede demokratische Gesellschaft, die ihre Konflikte nicht austrägt, sondern durch Verbotserlasse konserviert, hört auf, demokratisch zu sein.**“

Einer der größten Kriegstreiber der Geschichte, Napoleon Bonaparte, über die Deutschen: „Untereinander haben sie sich erwürgt und glaubten damit ihre Pflicht zu tun! Keine Lüge ist so grob ersonnen worden, der sie nicht in unbegreiflicher Albernheit Glauben beigemessen hätten. Immer hatten sie mehr Erbitterung gegeneinander als gegen den wahren Feind.“ Herr Bonaparte hätte an der SZ seine wahre Freude gehabt.

### **Über Jahre lebte Ensdorf friedlich mit der FBU zusammen,**

bevor selbsternannte „Weltverbesserer“ zum „heiligen Krieg“ aufriefen. Bürger, die unsere Treffen besuchten, baten uns um Schweigen, weil sie Angst vor den linken Fanatikern haben. Auch unsere beiden Ensdorfer Mitglieder leben in ständiger Furcht, sie könnten von ihren Mitmenschen stigmatisiert werden. Schon einmal zuviel wurden auch politisch nicht korrekte Bürger als Untermenschen verachtet. Auch heute wird wieder (nicht nur in Nürnberg) nach der Vorgehensweise der Nationalsozialisten den Gastwirten „nahegelegt“, wen sie bedienen dürfen und wen nicht. Um solchen menschenverachtenden Haß-Kampagnen die Stirn zu bieten, hat die FBU beschlossen, von nun an den Demokraten in Ensdorf den Rücken zu stärken: Habt Mut! Es werden wieder andere Zeiten kommen, in denen Opposition kein Verbrechen ist und in denen Andersdenkende nicht **verleumdet** und als Nazis angesehen werden, sondern als eine Bereicherung für die Streitkultur in unserer Demokratie. Leistet mit uns Überzeugungsarbeit bei braunen und roten Faschisten, damit es auch morgen noch heißt: „**Nazis haben keinen Platz in Ensdorf!**“ Die Ausländer in der FBU, insbesondere die Türken, sind fassungslos über die Hetze der „staatstragenden“ Parteien in Ensdorf, sind sie doch wegen ähnlicher Zustände aus ihrer Heimat geflohen. Herr Bürgermeister *Faust*: Bitte sprechen Sie ein Machtwort! Übrigens: Der Pächter des geschädigten Lokals war nie Mitglied in der FBU. Und er war oder ist genausowenig ein Sympathisant der FBU, wie wir Sympathisanten der SPD Ensdorf sind. Bitte laßt den Menschen in Ruhe!

## Nazis haben keinen Platz in Ensdorf

„Man muß Leute, die wirres Zeug und historische Unwahrheiten verbreiten, nicht dämonisieren. Doch gegen sie aufzustehen zeugt von Anstand.“ Hierin stimmen wir dem SZ-Redakteur *M. Winters* zu. Deshalb geben wir auch vierteljährlich die *Stimme der Freiheit* heraus, um die Menschen unabhängig von den Leitmedien über das Weltgeschehen und die Hintergründe zu informieren. Mit der *Stimme der Freiheit* legen wir seit 18 Jahren den Finger in die Wunden der Republik. Denn nur eine erkannte Krankheit läßt sich heilen. Die Folgen spüren wir auch auf den Montags-Demonstrationen. Selbst wenn wir mit Kerzen auftreten und nichts sagen, schützt uns das nicht vor der Intoleranz der Leute, die sich als selbst ernannte „anständige“ Deutsche über ihre Mitbürger stellen. Vor einem halben Jahr trug ein IG-Metaller eine FBU-Tafel mit der Aussage von Kanzler *Helmut Schmidt* „**Mehr Ausländer bedeuten Mord u. Totschlag**“ (*Willy Brandt*, auch SPD, forderte schon 1973 ein „Halt der Einwanderung“). Da brüllte ihn ein „Kollege“ vom Straßenrand an: „Hau ab mit deiner Lügentafel, Du wirst gefeuert!“ Seitdem traut sich der eingeschüchterte Arbeiter nicht mehr, im Kollegenkreis seine Meinung zu sagen, noch traut er sich mit der Tafel auf die Straße. Ein Klima der Angst zieht sich wie Mehltau über das Land. **Auf Verbreitung der Wahrheit steht in Deutschland die Höchststrafe:**

**Existenzvernichtung!** Übertrieben? Hören sie hierzu den IG-Metall-Boss *Jörg Hofmann*:

Er fordert, daß Arbeiter und Angestellte, „die rassistische und fremdenfeindliche Kommentare im Netz veröffentlichten“, zu feuern seien und schließt: „Wer hetzt, der fliegt, das muß klar sein.“ **Das stinkt nach DDR.** Eine Gewerkschaft, die den Unternehmensbossen bei der Existenzvernichtung politisch unkorrekter Arbeitnehmer hilfreich zur Seite steht? Bürger, die sich selbst anmaßen, ihre Mitbürger wegen einer ihnen nicht genehmen Meinung als rassistische Hetzer abzustempeln und zu bedrohen, sind eine Schande für die Demokratie, **sind eine Schande für unser Land!** In einem Land, das in Händen von Menschen liegt, die von allen guten Geistern verlassen zu sein scheinen, bleibt nur noch das Gebet. Ob uns der Schöpfer aber auch helfen wird, wo vor der Macht des anstürmenden Islam jetzt auch schon im Saarland die Kreuze aus den Gerichtssälen entfernt werden, darüber kann man nur spekulieren.

Wer in seiner Einfalt die Meinungsfreiheit als Grundlage der Demokratie bekämpft, der sollte das Wort „Vielfalt“ besser nicht mehr in den Mund nehmen. Gelebte Demokratie erklärt sich nämlich aus dem Motto der Französischen Revolution: „**Ihre Meinung, mein Herr, ist mir ein Greuel, aber ich werde dafür eintreten, daß man sie erhört!**“ Doch stattdessen sind Diskriminierung und Unterdrückung in der BRD längst zum Alltag geworden. Im Gegensatz zu den Rotfaschisten schreiben *wir* Gastwirten nicht vor, wer bei ihnen einkehren darf und wer nicht. Ein solches Verhalten zeugt weder von einem verinnerlichten demokratischen Selbstverständnis noch von Anstand. „**Wer Schlechtes tut und meint er es auch noch so gut, der bewirkt damit nichts Gutes, macht er sich doch selbst zum Werkzeug des Bösen**“ (*Enders, FBU*).

Seit 1996 ist die FBU im Saarland zu Hause und hat sich in diesem gastfreundlichen Bundesland zum mitgliederstärksten FBU-Verband entwickelt. Nicht mal in Nürnberg wurden unsere Versammlungen behindert, wurde Gastwirten gedroht, wurden Gewerbetreibende unter Druck gesetzt, wurde Bedienungspersonal eingeschüchtert. Wir müßten ernsthaft um den Bestand der Republik bangen, wäre der über Ensdorf und die FBU hereingebrochene Shitstorm ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. Das Antlitz der Willkommenskultur zeigt sich in Ensdorf von der häßlichsten Seite. **Ja, nicht einmal die nachgeahmten Nazis von heute behandeln (zum Glück) die Ausländer so, wie hier Deutsche mit Deutschen umgehen.**

Die FBU wird seit Jahren von den Bürgern in Ensdorf wohl gelitten und in den Gaststätten wie z. B. im Gasthaus „Zur Sonne“ gut bedient. Ebenso im Hotel „Zum Anker“, wo nicht nur die CDU gerne gesehen ist, sondern auch die FBU, zuletzt am 11. April mit Herrn *Best*, Herrn *Enders*, Herrn *Kirsch* und der FBU-Redaktion. Die FBU kann genausowenig wie die AFD für die aus fehlerhafter Politik erwachsenen Probleme der Republik. Diese Probleme sind der Unfähigkeit der etablierten Parteien geschuldet. Diese Unfähigkeit, gepaart mit Bürgerferne, hat die AFD groß gemacht. Ach ja, nochmals herzlichen Glückwunsch an die AFD.

## Wurden auch die Gegendemonstranten in Ensdorf bezahlt?

Über die Zwangsmaßnahmen zur Rekrutierung von Pegida-Gegendemonstranten seitens verschiedener Einrichtungen, wie z. B. der Schulen, haben wir schon berichtet und auch über die Finanzierung von Gegendemonstrationen, - wie in Dresden, - durch staatliche Stellen. Von der rot-roten Regierung in Thüringen wurden seit 2011 in 46 Fällen staatliche Gelder für die Ausrichtung von Gegendemonstrationen fehlverwendet. **Der Staat verletzt seine Neutralitätspflicht und ergreift Partei, - gegen seine Bürger, - für diese einseitige Parteinahme auch noch ihre letzten Steuergroschen hergeben müssen.** Sogar städtische Bedienstete werden zur „freiwilligen“ Teilnahme „angehalten“, wie seinerzeit unter der Diktatur in der DDR. Stadtangestellte, die nicht mitmarschierten, erhielten hinterher „Besuch“ (ebenfalls wie in der DDR) oder wurden von ihren Vorgesetzten als ausländerfeindlich angepöbeln. Mal sehen, wie lange es noch dauert, bis man Rufmord und soziale Ächtung nicht mehr für ausreichend hält und erneut der KZ-Gedanke aufkommt, die „Unbotmäßigen“ und „Abweichler“ in Lagern verschwinden zu lassen.

Doch alle Unterdrückungsmaßnahmen werden auf die Verursacher zurückfallen. Im Netzmagazin *Geolítico* warnte *Konrad Adam* am 26.10.15: „**Das Demonstrationsrecht wird eingeschränkt, das Recht auf Meinungs- und Gesinnungsfreiheit kastriert, die Unverletzlichkeit der Wohnung mißachtet...** Unter der Führung der sogenannten Volksparteien bereitet sich das Land auf den Bürgerkrieg vor.“ Hören wir dazu und zum Versagen der politischen Elite den **Ex-Präsidenten des Verfassungsschutzes Thüringen, Dr. jur. Helmut Roewer**: „**Wir verlassen im Moment den Rechtsstaat und zwar mit beiden Füßen, weil wir genötigt werden oder angewiesen werden, Dinge zu tun, die bis vorgestern noch Straftaten waren.**“

Roewer stellt fest, daß Deutschland kein sicheres Land mehr sei, wenn **Verfassungsfeinde an der Regierung** säßen. Jedoch würden die Sicherheitskräfte nicht gegen das Volk vorgehen: „Ja gut, es wird eine Bruchlinie geben und zwar in dem Moment, wo – wer auch immer uns dann regiert – den Einsatzkräften, unseren Sicherheitsbehörden, den Befehl erteilt, gegen das eigene Volk vorzugehen. Da ist dann Schluß mit lustig, weil die Leute, die ich zumindest kenne, das nicht tun werden! Dann wird nicht mehr von Wahlen die Rede sein. **Dann gibt es einen Umsturz**, den ich nicht herbeireden will, den ich auch nicht will.“

Der große SPD-Vorsitzende *Kurt Schumacher* sagte einst: „**National sein ist Ehrensache!**“

Die Nation war für ihn mehr als ein Selbstbedienungsladen, für ihn war sie eine Solidaritätsgemeinschaft! Sicher hätte *Kurt Schumacher* auch Gefallen am FBU-Motto gefunden:

*Hand in Hand, mit Herz und Verstand, - so streiten wir für unser Land!*

## Menschen in der FBU

Wie schon bekannt, führt die FBU keine Gesinnungsprüfung durch (und auch keine peinliche Befragung!). Manche Anti-Nazi-Vereine lassen sich die die Resozialisierung von NPD'ern Millionen kosten, - von uns steuerzahlenden Bürgern. Hier engagiert sich die FBU viel kostengünstiger und erfolgreicher. Dabei werden wir nicht nur von unserem Bundesvorsitzenden unterstützt, Herrn *Pfleiderer* aus Nürnberg, Verwaltungsrichter a. D., sondern auch von Rechtsanwältinnen. Das gilt ebenso für die Resozialisierung extremistischer Mitglieder der SED-PDS-DDR-Einheitspartei „Die Linke“. Doch kein Wort des Lobes von der Presse... Im Gegensatz zu der Partei „Die Linke“ mußte die **gewaltfreie FBU** noch nie vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Und im Gegensatz zu so manchem der vielen Politiker, die bis heute noch nicht einen Euro mit ihrer eigenen Hände Arbeit verdient haben, ist unser Landesvorsitzender Herr *Rupp* Kürschnermeister und Textilkaufmann. Er war Innungsbester und Landesbester im Kürschnerhandwerk.

Und der Landesgeschäftsführer der FBU, Herr *Enders*? Er kommt, wie einige FBU'ler, aus der CDU. Er war unter anderem Kreisgeschäftsführer der Jungen Union Saarbrücken, CDU-Ortsvorsitzender in Saarbrücken-Scheidt und vertrat seinen Stadtteil im Kommunalparlament von Dudweiler. Herr *Enders* ist ein weithin geachtetes Mitglied der Gesellschaft und aufgrund seiner Vorstellungen von *der Überführung von Produktivkapital in Arbeitnehmerhand* (siehe „Wir über uns“ auf unserer Heimseite) kaum rechts einzuordnen. Wenn Herr *Enders* (Bezirksrat a. D) für Herrn *Kirch* von der SZ „ganz weit rechts steht“, da fragen wir uns schon, wie extrem weit links steht dann eigentlich der Herr *Kirch*? Manche Parlamente sind nicht ohne Grund rund. Sie sind so kreisrund, daß sich der Kreis zwischen „links“ und „rechts“ wieder schließt. Und nicht ohne Grund nannten die Nazis sich selbst *National-Sozialisten*. Es wird viel zu selten thematisiert: Die überwiegende Zahl menschenverachtender Regime ging von den dem linken Milieu zuzuordnenden Schlächtern aus.

Seit fast zwei Jahrzehnten führt Herr *Enders* erfolgreich den Schachclub Gema St. Ingbert. Und natürlich spielen in den Mannschaften des Schachclubs auch Flüchtlinge. Aber über Herrn *Enders* in diesem Zusammenhang zu berichten, passt natürlich nicht in die Schmierentragedie um die AFD. Originalton *Enders*: „Als ich am 8. April mit einem Parteifreund in das Stammlokal „meines“ Schachclubs im Bergmannsheim kam, rief ich an der Tür der Bedienung und den Anwesenden zu: „**Ich bin ein „Nazi“! Darf ich rein?**“ „Nach lautem Gelächter machten wir uns so unsere eigenen Gedanken über die Käseblätter - und über die verantwortungslosen Schreiberlinge, die Querdenker ans Kreuz nageln, um sie zum Schweigen zu bringen.“

Man fühlt sich bei den Pinoccio-Medien an die Hugenberg-Presse in der Nazi-Zeit erinnert. Ja, man hat den Eindruck, die Saarbrücker Zeitung schreibe ihre Doktorarbeit in Verunglimpfung. Es ist ein beliebtes „Spiel“ der Presse, „abweichende Meinungen“ zu diskreditieren, sich gegenseitig die Bälle zuzuspielen und sich dann aufeinander zu berufen. Schauen wir, ob dieses widerliche „Spiel“ auf diese „bewährte“ Art weitergeht. Immerhin: Die Berichterstattungen brachten uns (Mitleid?) einen Mitgliederzuwachs von fast drei Prozent.

## Böse SZ, Ihr habt nichts begriffen

Die *Saarbrücker Zeitung* vom 02.03.16 schreibt: „*Enders* (FBU, *die Red.*) steht ganz weit rechts, er tritt bei *Sagesa*-Kundgebungen auf und schreibt etwa in der aktuellen Ausgabe der FBU-Zeitung, noch immer in der Weltgeschichte habe Völkerwanderung *mit einem Holocaust an den Einheimischen* geendet.“ Nun, selbst Redakteure mit nur einem Mindestmaß an Allgemeinbildung wissen um den Wahrheitsgehalt dieser Feststellung. Derzeit hört man von der Presse oft und gerne den Satz von *Johann W. Goethe*: „Ein Land, das die Fremden nicht beschützt, geht bald unter.“ Noch schneller geht ein Land unter, das die eigenen Bürger nicht beschützt, das sich von den Fremden vereinnahmen läßt, siehe die Indianer. Einst haben wir die Ungarn abgewehrt, die Hunnen abgewehrt, die Türken vor Wien abgewehrt! Nun werden unsere Kultur und unser Land erneut durch eindringende Völkerscharen bedroht. Dabei ist es gleich, ob Deutschland von marschierenden Soldatenstiefeln, von römischen Sandalen oder von Frauen und Kindern mit nackten Füßen erobert wird. Die Eindringlinge werden uns nicht nur unsere Kultur, sie werden uns auch unsere Lebensleistung zu nehmen wissen! Die FBU wird dafür angegriffen, daß sie **Asylbewerber als „Eindringlinge“** bezeichnet. Der Begriff stammt nicht von uns!!! Anlässlich der deutsch-israelischen Regierungskonsultationen im ersten Vierteljahr 2016 erklärte Frau Merkel, daß sie sich Israel als Vorbild für die Integration von Einwanderern nimmt! Doch Israel läßt niemanden ins Land, wehrt mit großen Zäunen jeden Einwanderer ab und bestraft illegales Grenzüberschreiten. **Seit vier Jahren heißen Asylbewerber in Israel offiziell „Eindringlinge“!** Wenn dieser Begriff ein Beleg für „rechtsextrem“ ist, was ist dann die israelische Regierung, die diesen Begriff auch noch amtlich verwendet? **Und das unwidersprochen gutgeheißen von Frau Merkel!** Die Presse hat sich schon mehrfach vor Ort überzeugen können, daß alle FBU-Anhänger sich von *Sagesa* abheben durch eigene Protesttafeln, die nahezu ausschließlich Aussagen unserer Bundeskanzler von Willi

Brandt, Helmut Schmidt, Gerhard Schröder, Helmut Kohl bis zu Frau Merkel wiedergeben und außerdem noch einige Zitate von Wirtschaftswissenschaftlern und anerkannten Historikern. Wegen dieser Tafeln waren wir FBU'ler und Herr *Enders* schon desöfteren Anfeindungen auf den Demonstrationen ausgesetzt, haben doch einige Teilnehmer Vorbehalte gegen die von uns zitierten Bundeskanzler. Ebenso die Presse: Unsere Teilnehmer von der FBU werden offenbar mit Absicht immer so fotografiert, daß man auf den Tafeln die Zitate unserer Bundeskanzler nicht lesen kann. Schade, offensichtlich werden auch schon unsere Bundeskanzler als rechtslastig eingestuft. Leider hat die FBU noch nicht das Potential zur Durchführung eigener Demonstrationen. So wie pauschal alle Bürger bei *Sagesa*-Demos als rechtsradikal hingestellt werden, so könnte man genauso undifferenziert behaupten, alle Journalisten seien Freunde von Pinocchio...

Nun, wir werden weiter demonstrieren und rufen: **Räumt den Reichstag, wir sind das Pack!**

Es stimmt, zwei ehemalige Mitglieder der NPD sind vor Jahren Mitglieder der FBU geworden. Hätte sich die Presse wie andere Bürger die Zeit genommen, die öffentlichen Bürgerstammtische der FBU zu besuchen, sie hätte sich davon überzeugen können, daß unsere beiden Freunde „nur noch“ im Schatten von *Horst Seehofer* (CSU) stehen. Auch über unseren letzten Landesvorsitzenden *Günter Gabriel* wurde seitens Herrn *Kirch* von der *Saarbrücker Zeitung* nur einseitig berichtet. Herr *Gabriel* kam aus dem *Bund freier Bürger*, hervorgegangen aus Mitgliedern der FDP. Nachdem der *Bund freier Bürger* seine Arbeit eingestellt hatte, war Herr *Gabriel* wohl sehr gefrustet. Enttäuscht wechselte er zur NPD, was wiederum Herrn *Enders* sehr enttäuschte, hatte die FBU doch Gemeinsamkeiten mit dem *Bund Freier Bürger*. Wir freuten uns, als Herr *Gabriel* die NPD verließ, um sich wieder den Bürgerlichen zuzuwenden, dieses Mal der Wählergemeinschaft der *Freien Bürger Union* (FBU). - Und Herr *Josef Dörr* von der AFD? Wir sprachen nicht zuletzt deshalb mit diesem politisch gebildeten Mann, weil er uns mitgeteilt hatte, daß er seine Wurzeln bei den Grünen habe und mit der CSU sympathisiere. - Der jüdische US-Autor *Tuvia Tenenbom* ist überzeugt, daß die Deutschen nicht begriffen haben, was Demokratie bedeutet (*Junge Freiheit* vom 5. April 2013): „Es geht darum, Meinungen zuzulassen und nicht sie auszugrenzen, Gedanken zu teilen und nicht sie zu verbannen. Die deutschen Linken etwa ermahnen uns, man dürfe Hamas und Hisbollah nicht dämonisieren, man müsse mit ihnen sprechen, da auch sie Menschen seien. Nun, ich stimme zu. Und ich frage: **Was ist dann mit euren Nazis? Die sind auch Menschen.** Dann spricht auch mit ihnen.' ‚Nein‘, so die Antwort, ‚das ist nicht politisch korrekt!‘ **Aha – dann habt ihr nichts begriffen!**“ - Vom Verständnis für die Grundwerte einer Demokratie sind einige Politiker und Zeitungsschreiber meilenweit entfernt, wie wir bitter erfahren haben.

### **Die FBU wird „flächendeckend durch die NPD gesteuert“**

*behauptet* die *Saarbrücker Zeitung* mit Berufung auf den Bundesvorstand der AFD, der das *behauptete*. Wie sagte *Guido Westerwelle*? „Auf jedem Schiff, das dampft und segelt, gibt's einen, der die Sache regelt“. Bei der FBU jedoch agiert jeder Verband absolut eigenständig! Bis auf die AFD traten wir bis zum heutigen Tage bei den Wahlen in Konkurrenz gegen jeden Mitbewerber an, egal ob SPD, NPD oder Die Linke. Wie gesagt, wir im Saarland steuern uns selbst. **An der FBU prallt die Nazi-Keule zur Gänze ab!**

Daß die *Saarbrücker Zeitung* sich nicht zu schade ist, die *Stimme der Freiheit* der FBU als „Postille“ zu diffamieren, spricht eigentlich für das Niveau einer regierungsnahen Dorfzeitung aus Hintertupfingen, der die Sorgen und Nöte der Bürger fremd sind. Der Politik und den Medien geht es dabei um den Kampf um die Futtertröge der Republik und deshalb um die Vernichtung der AFD. Und da müssen die Menschen in der FBU eben als Bauernopfer herhalten. Um der AFD zu schaden, werden Kontakte zur FBU zu einem politischen Verbrechen hochstilisiert. Das gelingt am besten, wenn man, wie der Redakteur *Daniel Kirch* in der *Saarbrücker Zeitung* vom 11.03.2016, die FBU als „ausländerfeindlich“ bezeichnet. Herr *Kirch* konnte, aber er wollte wohl nicht, auf der Heimseite der FBU in vielen Ausgaben der *Stimme der Freiheit* nachlesen, wie positiv wir Menschen gegenüberstehen, die sich als Gast in Deutschland dem Gastgeber gegenüber dankbar zeigen, aber nicht indem sie ihren Gaststatus als Straftäter verwirken oder ihre Integration bewußt verweigern. Wiederholt haben wir uns lobend über Alewiten geäußert (viele Mitglieder der FBU in Augsburg sind zum Beispiel gut integrierte Alewiten, also anständige Deutsche), aber auch über Jesiden und vor allem die Vietnamesen. Doch kein Wort des Lobes von Herrn *Kirch*. Viele unserer Mitglieder sind im *Bundesbahnsocialwerk* und nehmen dort aktiv am gesellschaftlichen Leben teil. Und: Die FBU ist korporatives Mitglied im *Deutschen Jugendherbergverband*. Und auch wenn es der *Saarbrücker Zeitung* gelegen käme, weder wir noch „unsere“ Kinder malen Hakenkreuze in Bahnunterführungen! Man hat den Eindruck,

**manch ein Journalist zieht seine Nazi-Keule schneller als ein Westernheld seinen Revolver!**

Selbstverständlich pflegte und pflegt auch die FBU Kontakte in alle Welt, z. B. auch zu Mitgliedern der linksextremen Gruppen, hier *Die Linke* oder die *MLPD*. Selbst bei der *NPD*, aber auch bei den Kontakten zu anderen Gruppen (sogar unter Rechtswissenschaftlern!) haben wir Menschen kennen und schätzen gelernt, anständiger als so mancher vor Überheblichkeit tiefende Scheinheilige in den „Staats“-Parteien und Medien. **Nur einfältige Journalisten** verstehen es nicht, wie notwendig es ist, parteiübergreifend und nahe am Menschen seinen Erfahrungshorizont zu erweitern. Auf kommunaler Ebene arbeiten wir schon seit dem letzten Vorsitzenden Herrn *Dr. Lucke* mit der AFD zusammen. Und für Frau *von Storch* (AFD) haben wir schon viele Unterschriften gesammelt und tun es immer noch. Herr *Dr. Lucke* wurde von den Medien in die rechte Ecke gestellt. Aber nur bis zu dem Tag, als er die AFD verließ. Seltsam, über Nacht wurde aus einem Saulus ein Paulus. Doch für die Presse gilt das bei der FBU weder für einen *Günter Gabriel*, noch für Herrn *Best*, oder für Herrn *Kirsch*. Zweierlei Maß? Halt, ich vergaß, natürlich zweierlei Maß! Ich vergaß die schmutzige Politik und deren Handlanger aus Funk und Presse. Stellungnahme von Herrn *Kirsch*: „Ich bin nicht radikal rechts. Aber ich bin radikal für das Recht. Und ich bin - im Gegensatz zur Presse - radikal gegen Unrecht.“ Und Herr

*Best?* Er folgte vor vier Jahren einem Aufruf der FBU und hat für den Erhalt einer jüdischen Synagoge eine Spende an die *Deutsche Stiftung Denkmalschutz* (Erhalt der Baukultur) getätigt. Was für ein „Nazi“! Es ist erschreckend, mit welcher Hetze die Presse eine bürgerliche Wählergemeinschaft wie die FBU überzieht,

### **um die FBU sodann als Schlagstock gegen die AFD einzusetzen!**

Wie bei der AFD sind auch bei der FBU viele Mitglieder aus der CDU gekommen, wie z. B. unser Herr *Enders*. Dank der Doppelmitgliedschaften sitzen FBU'ler zusammen mit AFD'lern in Kommunalparlamenten, auch über Listenverbindungen. In Augsburg arbeitete die FBU im Regenbogenbündnis sogar mit der SPD zusammen, gemäß unserem Motto: *Wir stehen nicht links, wir stehen nicht rechts, wir stehen aufrecht!*

Die Demokratie lebt von der Diskussion um den besten Weg, nicht von Unterdrückung und Ausgrenzung. Hier sind die Verantwortlichen in den Redaktionsstuben aufgefordert, Sachlichkeit und Menschlichkeit Raum zu geben. Ein gräßliches Beispiel wollen wir Ihnen nicht vorenthalten. *Philipp Meinhold* in der *taz* vom 27.01.2016 zum Bomben-Holocaust an der deutschen Zivilbevölkerung: „Man fragt sich unweigerlich, warum die Alliierten ihr im Februar 1945 in Dresden so vielversprechend begonnenes Programm der Entnazifizierung nicht einfach auf ganz Deutschland ausgeweitet haben...“ Worte eines perversen Deutschen, getrieben von krankhaftem Selbsthass? Nun, wenn die Alliierten seinem Ratschlag gefolgt wären, wäre er vielleicht nie geboren worden und es wären uns so abartige Phantasien, würdig eines Stalins oder Hitlers, erspart geblieben. Es ist abscheulich, wenn Schreiberlinge in einem unerklärlichen Rassenhass Millionen Mitbürger in einem Feuersturm aus niederregnenden Phosphorbomben als menschliche Fackeln verschmoren sehen wollen. Da könnten wir unsere Grenzen auch noch weiter für die Scharfrichter des IS öffnen...

Wir meinen, **auch Zeitungen, die Gewalt verherrlichen, sollten vom Verfassungsschutz beobachtet und ggf. verboten werden.** Eigentlich glaubten wir die Propagierung von Gewalt in den Redaktionsstuben für überwunden. Stattdessen erhalten Haßprediger bis hin zu der Antifa von den Medien „Öffentlichkeit“!

### **Warum wird verschwiegen, gehetzt und gelogen?**

Dazu der ehemalige Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios Bonn, *Wolfgang Herles*: **Die Themen**, über die berichtet werde, **„werden von der Regierung vorgegeben!** Es gibt aber viele Themen, die wären wichtiger. Davon aber will die Regierung ablenken... **Es gibt tatsächlich auch Anweisung von oben.** Auch im ZDF sagt der Chefredakteur: Freunde, wir müssen so berichten, daß es Europa und dem Gemeinwohl dient... Heute darf man nichts Negatives über die Flüchtlinge sagen, das ist Parteienrundfunk, **das ist Regierungsjournalismus!** Und das führt dazu, daß die Leute das Vertrauen in uns verlieren! Das ist der Skandal!“

**Wir von der FBU sagen: Das ist Diktatur!** Wie sagte der frühere US-Vizepräsident und Journalist *Paul Craig Roberts*, als er sich von den Mainstream-Medien lossagte? Er sagte:

**Die Wahrheit ist gefallen – und hat die Freiheit mitgerissen! Wie wahr.**

## **Der politische Witz**

Hitler hat das Stauffenberg-Attentat nur überlebt, weil die Bombe unter einem deutschen Tisch aus massiver deutscher Eiche platziert war. Hätte es damals schon Ikea gegeben, dann wäre Hitler an 400 Gramm Inbuschrauben krepirt.

## **Kein Witz!**

Aber lachen dürfen Sie trotzdem. Doch zunächst bitten wir nach all' den erlittenen Diffamierungen um Nachsicht, daß wir uns ab und an auch eine spitze Feder erlauben. Dem SZ-Redakteur Herrn *Winters* ist doch wirklich nichts Besseres eingefallen, als die „Rechtslastigkeit“ der FBU an dem Gebrauch des Wortes „Heimseite“ anstelle von „Homepage“ festzumachen! Wir unterstellen mal, Herr *Winters*, um ihrer Berufsehre willen, daß Sie lediglich ein Smiley setzen und sich nicht selbst der Lächerlichkeit preisgeben wollten.

Wir haben für Sie mal ein wenig recherchiert. Und stellen Sie sich mal vor, was wir gefunden haben: Ein ganzes Volk ist noch „rechtsradikaler“ als die kleine FBU: Es sind die Franzosen samt ihrer sozialistischen Regierung. Sie versagen sich doch glatt in Gänze der anglophilen Verunstaltung ihrer Leitkultur. Sie haben sogar extra ein „*Gesetz betreffend den Gebrauch der französischen Sprache*“ („*Loi Toubon*“) erlassen, um der Verwendung ihrer eigenen Sprache den Vorrang einzuräumen. Auch wenn Sie das jetzt schwer erschüttert, Herr *Winters*: Aber das hätte sogar einem Journalisten *mit Scheuklappen wie Elefantenhoren* auffallen können. **Mein Gott, was sind die Franzosen so rechtsradikal!** Wir sollten sofort den französischen Botschafter einbestellen, um ihm mitzuteilen, daß seine Landsleute in Ensdorf nicht mehr erwünscht sind, um „anständigen“ Deutschen den Anblick von noch rechteren Rechtsradikalen als aus der FBU zu ersparen. - Man fragt sich unwillkürlich, was das für Menschen sind, die ihre Heimat und ihr deutsches Vaterland offenbar so hassen, daß für sie allein schon der Gebrauch der eigenen Muttersprache kritikwürdig ist.

**Kein Wunder, daß die Leser-Zahlen vieler Zeitungen einbrechen, - außer bei der *Stimme der Freiheit!***

Dank der bewährten und von uns erlaubten Mehrfachmitgliedschaften sind wir in allen größeren, demokratischen und grundgesetzbejahenden Parteien zu Hause. **Werden auch Sie Mitglied in der FBU, der kleinsten größten saarländischen bundesweiten Wählergemeinschaft der Welt (Jahresbeitrag: 12,- €).** Bitte wenden Sie sich an den Hauptbeauftragten für Integration und Mitgliederwerbung, Herrn *Kirsch* (FBU).

**Impressum, Herausgeber:** Freie Bürger Union (FBU), Landesverband Saar.

**Heimseite** (so heißt es auf Deutsch), auch Bundesangelegenheiten: **[www.saar-fbu.de](http://www.saar-fbu.de)**

**V.i.S.d.P.:** Reinhold Rupp, Chefredakteur, FBU LV Saar, Postfach 1499, PLZ 66714 Saarlouis.